

Axel Plünnecke / Susanne Seyda

Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik

Analysen

Forschungsberichte
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Axel Plünnecke / Susanne Seyda

Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-45175-3

Diese Analyse basiert auf einem Gutachten für den Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2007 Deutscher Instituts-Verlag GmbH
Gustav-Heinemann-Ufer 84–88, 50968 Köln
Postfach 51 06 70, 50942 Köln
Telefon 0221 4981-452
Fax 0221 4981-445
div@iwkoeln.de
www.divkoeln.de

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Analyse der Wirkung familienpolitischer Maßnahmen	5
2.1	Theorie der Wirkung familienpolitischer Maßnahmen	7
2.2	Wirkungen der Familienpolitik auf die Kinderzahl	11
2.2.1	Internationale Studien	12
2.2.2	Studien für Deutschland	23
2.3	Wirkungen der Familienpolitik auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen	28
2.4	Wirkungen der Familienpolitik auf den Bildungsstand von Kindern	40
3	Das Wachstumsmodell zur Analyse der Effekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik	46
3.1	Zur Theorie des Wachstums	46
3.2	Die Wachstumstreiber im SVR-Modell	48
3.3	Wachstumssteigernde familienpolitische Maßnahmen	50
4	Wachstumswirkungen der Familienpolitik	55
4.1	Primärer Wachstumseffekt	56
4.2	Gesamteffekt einer wachstumsorientierten Familienpolitik	60
4.3	Wachstumsdividenden	65
5	Fazit	67
	Literatur	68
	Kurzdarstellung / Abstract	75
	Die Autoren	76

1

Einleitung

Mehr und mehr wird deutlich, welche Folgen der demografische Wandel für unsere Gesellschaft hat. Dabei geht es nicht nur um die renten- und sozialpolitischen Aspekte einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung, sondern auch um die ökonomischen Konsequenzen, zum Beispiel auf das Wachstum. Der Familienpolitik kommt bei der Bewältigung des demografischen Wandels eine besondere Rolle zu, da sie Maßnahmen ergreifen kann, mit deren Hilfe der demografische Trend geändert, die Geburtenrate also angehoben werden kann. Familienpolitik hat ferner Auswirkungen auf das Verhalten von Familien und ihren Mitgliedern, die ihrerseits Einfluss auf die Entwicklung der Wirtschaft und des Wachstums in Deutschland nehmen.

Wirtschaftlicher Erfolg hängt jetzt und in Zukunft nicht nur von der absoluten Zahl der Erwerbsfähigen ab, die an der Erwirtschaftung des Bruttoinlandsprodukts mitwirken, sondern auch von ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Ebenso stellt das Qualifikationsniveau der Bevölkerung wichtige Weichen für die Entwicklung von Einkommen und Wachstum in Deutschland. Denn von Bildungsstand und Innovationsfähigkeit hängt ab, in welchen Bereichen die Menschen beruflich tätig sein können und in welchem Maße Unternehmen in Deutschland dringend benötigten Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften finden.

Die vorliegende Studie befasst sich mit der Frage, inwieweit durch eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik die zukünftigen Wachstumschancen verbessert werden können. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei neben den Wachstumswirkungen einer höheren Geburtenrate die Effekte der Familienpolitik auf Erwerbsbeteiligung und Bildungsstand der Bevölkerung.

Anhand einer Metastudie, mit der die wissenschaftliche Literatur ausgewertet wird, wird in Kapitel 2 zunächst aufgezeigt, welche Wirkungen bis zum Jahr 2050 durch familienpolitische Maßnahmen entstehen können. Sie zeigt zunächst,

- wie durch familienpolitische Maßnahmen die Kinderzahl erhöht werden kann,
- wie sich Familienpolitik auf die Erwerbstätigkeit auswirkt und
- wie die Familienpolitik zur Verbesserung des Bildungsstands der Kinder beitragen kann.

In Kapitel 3 wird das in der Studie verwendete Wachstumsmodell des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgestellt und seine Wachstumstreiber beschrieben. Darauf aufbauend wird dann

im Weiteren diskutiert, welche wachstumssteigernden Effekte verschiedene familienpolitische Maßnahmen haben können.

Welche quantitativen Wachstumseffekte Familienpolitik bewirken kann, wird in Kapitel 4 berechnet. Zuerst wird dabei untersucht, welche Wachstumswirkungen allein von einer steigenden Kinderzahl ausgehen, nämlich mehr Erwerbstätige, eine veränderte Altersstruktur der Bevölkerung und daraus resultierend eine geringere Abgabenbelastung der Wirtschaft (primärer Effekt). In einem zweiten Schritt wird analysiert, welche weiteren Effekte durch eine wachstumsorientierte Familienpolitik zu erreichen wären (Gesamteffekt). Diese bestünden darin, die Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen und Jugendlichen zu stärken und durch eine entsprechende frühkindliche Förderung das Humankapital zu stärken. In einem dritten Schritt wird untersucht, welche Wachstumsgewinne bis zum Jahr 2050 erzielt werden könnten. Ein Fazit rundet die Arbeit in Kapitel 5 ab.

2

Analyse der Wirkung familienpolitischer Maßnahmen

Familienpolitische Maßnahmen orientieren sich an den Aufgaben, welche die Familie für ihre Mitglieder, aber auch für die Gesellschaft übernimmt. Zu diesen Aufgaben zählen:

- **Reproduktionsfunktion:** Die grundlegende Aufgabe der Familie ist der Generationenerhalt. Die Familie sorgt für den zahlenmäßigen Erhalt der Bevölkerung.
- **Existenzsicherung/Haushaltsfunktion:** Die Familie sorgt für die Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Nahrung, Wohnen und Kleidung. Die Einkommenserzielung durch Erwerbstätigkeit ist dabei wichtig zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz.
- **Sozialisationsfunktion:** In der Familie werden Werte und Normen unserer Gesellschaft weitergegeben. Darüber hinaus erfolgt die Erziehung und Bildung der Kinder vor allem in jungen Jahren durch die Eltern und in von Eltern ausgewählten Betreuungseinrichtungen; später übernimmt die Schule eine wichtige Bildungs- und Erziehungsfunktion.
- **Altersvorsorgefunktion:** Die Familie übernimmt in schwierigen Phasen (Alter, Krankheit oder Armut) eine unterstützende Funktion.

Deutschland investiert 2,9 Prozent des BIP in familienpolitische Sach- und Barleistungen (ohne Steuerfreibeträge) und damit mehr als der EU-15-Schnitt (2,08 Prozent). Der Schwerpunkt der Familienpolitik in Deutschland liegt auf der finanziellen Förderung bestehender Familien in Form von steuerlichen Erleichterungen, Kindergeld, Anerkennung von Kindererziehungsleistungen, Gewährung von Erziehungsgeld usw. Die Entwicklung der Familien- beziehungsweise Geburtenzahl wurde aber ebenso wenig wie das sich wandelnde Rollenverständnis der Frauen und Männer berücksichtigt. Während beispielsweise Schweden sehr früh den Schwerpunkt der Familienpolitik auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Integration der Frauen und Mütter in den Arbeitsmarkt legte, betonte die deutsche Familienpolitik bislang die finanzielle Anerkennung der Kindererziehungsleistung, die in der weit überwiegenden Mehrzahl durch die Mütter stattfand – in Form von Kindergeld und anderen Transferleistungen, deren Gesamtheit sich in den Begriffen Familienlasten- beziehungsweise Familienleistungsausgleich widerspiegelt.

Zieht man ein Fazit der bisherigen Familienpolitik, so muss man feststellen, dass die deutsche Familienpolitik die Familien in ihren Aufgaben nicht zielorientiert unterstützt hat:

- Die Geburtenrate liegt seit Jahren deutlich unterhalb des Reproduktionsniveaus.
- Die Frauenerwerbstätigkeit steigt kontinuierlich, befindet sich im internationalen Vergleich allerdings nur im Mittelfeld. Die simultane Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist verbesserungsfähig.
- Der Bildungsstand der Kinder hängt in Deutschland so stark wie in fast keinem anderen OECD-Land von der familiären Herkunft ab, das heißt dem Staat gelingt es nicht, alle Familien bei der Wahrnehmung ihrer Sozialisationsfunktion ausreichend zu unterstützen.

Dennoch werden in Deutschland jährlich immense Beträge für die Familien ausgegeben. Da eine exakte Abgrenzung der Leistungen, die zu den familienpolitischen Maßnahmen zu zählen sind, fehlt, reichen die Angaben von 100 Milliarden Euro seitens der Bundesregierung bis 250 Milliarden Euro (Rosenschon, 2006). Eine abschließende und vollständige Nomenklatur aller Familienleistungen für Deutschland fehlt bisher ebenso wie eine Evaluation der Wirksamkeit dieser Maßnahmen.¹

¹ Dies soll künftig im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) neu eingerichteten Kompetenzzentrums Familienleistungen erarbeitet werden.